



Aktionsplan «Green Deal für Graubünden» - Zwischenbericht zur Massnahmenplanung mit Finanzierungskonzept und Verpflichtungskredit für die Etappe I

(Botschaften Heft Nr. 4/2021-2022, S. 269)

PROTOKOLL

der Sitzungen der Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie

Datum:	1. September 2021, 9.15 Uhr bis 17.00 Uhr 5. Oktober 2021, 9.20 Uhr bis 12.40 Uhr
Ort:	Grossratssaal, Masanserstrasse 3, 7000 Chur Brandissaal, Restaurant B12, Brandisstrasse 12, 7000 Chur
Präsenz:	Danuser (Kommissionspräsident), Berther, Della Cà, Felix (Kommissionsvizepräsident), Giacomelli, Jochum, Müller (Susch), Natter, Preisig, Rettich, Sax, Meier-Gort (Protokoll), Darms (Rechtspraktikant Staka/Ratssekretariat) RR Parolini (Vorsteher EKUD), Bott (Departementssekretär EKUD), Fehr (Amtsleiter ANU), Thomann (Abteilungsleiter Luft, Lärm, Strahlung, ANU), Graf (Sachbearbeiterin Klima und Nachhaltigkeit, ANU; nur 1.9.2021), Brasser (Finanzsekretär DFG; nur 1.9.2021), Schmid (Amtsleiter AEV), Buschauer (Amtsleiter ALG; nur 1.9.2021)
entschuldigt:	Rettich (1.9.2021)

A. Eintreten

- a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (9 Stimmen: Danuser [Kommissionspräsident], Berther, Felix [Kommissionsvizepräsident], Giacomelli, Jochum, Müller [Susch], Natter, Preisig, Sax; Sprecher: Danuser [Kommissionspräsident]) *und Regierung*
Eintreten
- b) *Antrag Kommissionsminderheit* (1 Stimme: Della Cà)
Nichteintreten

B. Detailberatung

VI.2. AGD Etappe I (Botschaft S. 325 f. und Tabelle 16, S. 326)

KS.E-1.1	Förderung erneuerbare Stromproduktion, besonders Winterstromproduktion	CHF 6 Mio
-----------------	---	------------------

Gemäss Botschaft

KS.G-1.1	Gebäudeparktransformation forcieren mit ergänzten Energievorschriften und justierter finanzieller Förderung	CHF 12 Mio
-----------------	--	-------------------

Gemäss Botschaft

KS.E-1.2	Entwicklung erneuerbarer Fernwärme und -kälte	CHF 6 Mio
-----------------	--	------------------

Gemäss Botschaft

KS.V-1.1	Beiträge an Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs	CHF 1.5 Mio
	Investitionsbeiträge an Infrastrukturen/Busanlagen	CHF 1.5 Mio
	Investitionsbeiträge an Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs	CHF 3 Mio

Gemäss Botschaft

KS.V-1.2	Stärkung Schienengüterverkehr (Förderung der Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene)	CHF 6 Mio
-----------------	--	------------------

Gemäss Botschaft

VIII. Grundsatzfragen (Botschaft S. 333 f.)

Grundsatzfrage 1: Soll der Kanton Graubünden mit dem AGD seinen Beitrag zum Netto-Null-Ziel der Schweiz und zum Klimaübereinkommen von Paris leisten?

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (8 Stimmen: Danuser [Kommissionspräsident], Berther, Felix [Kommissionsvizepräsident], Giacomelli, Jochum, Müller [Susch], Natter, Sax; Sprecher: Danuser [Kommissionspräsident])

Ja, aber verbunden mit der Erwartung,

- **dass die Regierung über den Stand der Umsetzung des Aktionsplans periodisch Bericht erstattet und gestützt darauf die gebotenen Anpassungen zeitgerecht prüft und so weit möglich vornimmt, sowie**
- **dass wesentliche Änderungen bei der beschlossenen Finanzierung der Umsetzung des Aktionsplans dem Grossen Rat zur Freigabe vorgelegt werden, sobald solche notwendig werden.**

b) Antrag Kommissionsminderheit 1 (2 Stimmen: Preisig, Rettich; Sprecherin: Preisig)

Ja, aber verbunden mit der Erwartung,

- **dass die Regierung dem Grossen Rat für Etappe II einen Aktionsplan mit Netto-Null-Ziel für 2040 UND für 2050 vorlegt,**
- **dass die Regierung über den Stand der Umsetzung des Aktionsplans periodisch Bericht erstattet und gestützt darauf die gebotenen Anpassungen zeitgerecht prüft und so weit möglich vornimmt, sowie**
- **dass wesentliche Änderungen bei der beschlossenen Finanzierung der Umsetzung des Aktionsplans dem Grossen Rat zur Freigabe vorgelegt werden, sobald solche notwendig werden.**

c) Antrag Kommissionsminderheit 2 (1 Stimme: Della Cà)

Nein

Grundsatzfrage 2: Soll dazu eine noch erlaubte Menge an Treibhausgasemissionen (sog. THG-Budget) gesetzlich verankert werden?

Antrag Kommission

Nein, aber verbunden mit der Erwartung, dass das Treibhausgasbudget im Sinne des Auftrags als Richtwert zu verstehen ist, welcher auf Verordnungsstufe festzulegen ist. Im Gleichschritt mit der Berichterstattung ist damit bezugnehmend auf Grundsatzfrage 1 die Zielerreichung zu prüfen.

Grundsatzfrage 3: Sollen Zwischenziele insgesamt und pro Sektor gesetzlich festgelegt werden, an denen sich die Klimaschutzmassnahmen ausrichten und an denen sich die Wirkung der Massnahmen bemisst?

Antrag Kommission

Nein, aber verbunden mit der Erwartung,

- **dass die Zwischenziele als Richtwerte zu verstehen und auf Verordnungsstufe im Sinne des Auftrags festzulegen sind und dass auf die Festlegung von Zwischenzielen für einzelne Sektoren verzichtet wird, sowie**
- **dass die verfügbaren Finanzmittel dort eingesetzt werden, wo die bestmögliche Wirkung erzielt werden kann.**

Grundsatzfrage 4: Soll zur Finanzierung der Massnahmen des AGD ein Bündner Klimafonds eingerichtet und die gesetzlichen Grundlagen zu dessen Finanzierung (Steuern und / oder Abgaben) ausgearbeitet werden?

Antrag Kommission

Ja, aber verbunden mit der Erwartung,

- dass zur Finanzierung des Klimafonds prioritär Teile des bestehenden Vermögens – wie zum Beispiel Teile des frei verfügbaren Eigenkapitals – sowie künftige allgemeine Staatsmittel eingesetzt werden und erst in zweiter Priorität höhere oder neue Abgaben zu prüfen und dem Grossen Rat zu unterbreiten sind und dass eine Finanzierung mittels Steuererhöhung nur als Ultima Ratio in Frage kommt, sowie***
- dass zusätzlich weitere Finanzierungsquellen geprüft und dem Grossen Rat priorisierte Finanzierungsvarianten unterbreitet werden.***

IX. Anträge der Regierung (Botschaft S. 334 f.)

2. vom vorliegenden Zwischenbericht zur Umsetzung des Auftrages Wilhelm betreffend «Green Deal für Graubünden: Klimaschutz als Chance nutzen» Kenntnis zu nehmen;

Gemäss Botschaft

3. über die Grundsatzfragen gemäss Kap. VIII der Vorlage die Ausrichtung (Ziele und Finanzierung) des Aktionsplans «Green Deal für Graubünden» (AGD) zu bestimmen;

Gemäss Botschaft

4. die im Regierungsprogramm 2021 – 2024 mit 31 Mio. Franken vorgesehenen Entwicklungsschwerpunkte (ES) 8.2 und 8.3 im Kernpunkt «Green Deal» mit Massnahmen von insgesamt 36 Mio. Franken zu ergänzen, welche die Förderung in den Bereichen erneuerbare Energien, öffentlicher Verkehr und schienengebundener Güterverkehr stärken, und dieses Paket zusammen mit den ES 7.2 und 8.1 als Etappe I des AGD zu genehmigen;

Gemäss Botschaft

5. zur Umsetzung der Etappe I des AGD einen Rahmenverpflichtungskredit von brutto 67 Mio. Franken zu genehmigen und zur Vorfinanzierung dieser ersten Etappe eine Reserve zulasten der Jahresrechnung 2021 zu bilden, wobei dieser Beschluss nicht dem Finanzreferendum untersteht;

Gemäss Botschaft

6. die Investitionsausgaben der Etappe I des AGD vom finanzpolitischen Richtwert betreffend die Nettoinvestitionen auszunehmen.

Gemäss Botschaft

Chur, 1.9.2021/5.10.2021/grm